

## Antrag

der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 17/1750 –

**Landeshaushaltsgesetz 2017/2018**

### Familien stärken

I. Der Landtag Rheinland-Pfalz stellt fest:

Das Familienleben in Rheinland-Pfalz ist geprägt von einer Vielfalt familiärer Lebensformen: Paarfamilien, alleinerziehende Eltern, Mehrkinderfamilien, Regenbogenfamilien, nicht eheliche Familiengemeinschaften und viele mehr.

Familie schließt alle ein, die in sozialen Beziehungen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen, sei es in der Erziehung von Kindern, bei der Betreuung oder Pflege von Angehörigen oder anderen sorgenden Aufgaben.

In den vergangenen 20 Jahren sind die Rahmenbedingungen für Familien zunehmend komplexer geworden:

- Die Anforderungen an Mobilität und Zeitflexibilität von Familien sind gestiegen.
- Mütter wollen verstärkt und in höherem Maße berufstätig sein, Väter ihre Kinder in ihrer Entwicklung intensiver begleiten. Sie wünschen sich eine partnerschaftliche Aufgabenteilung in Familie und Beruf.
- Gleichzeitig sind auch die Ansprüche von Eltern an die Qualität und den Umfang von Erziehung und Betreuung ihrer Kinder gewachsen.
- Eltern möchten, dass ihre Kinder den bestmöglichen Platz im Leben finden.

Es ist die Aufgabe einer nachhaltigen Familienpolitik, gute Rahmenbedingungen für alle Familien zu fördern, sodass ihnen eine Teilhabe am sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben möglich ist.

Eine auf Lebenslagen und -phasen ausgelegte Familienpolitik, die Eltern und Kinder in ihrer Lebenswirklichkeit und ihren Bedarfen erreicht, leistet einen wichtigen Beitrag für den Zusammenhalt der gesamten Gesellschaft.

Familienpolitik will die gesamte Bevölkerung erreichen. Denn alle Familienformen brauchen gute Rahmenbedingungen, sie brauchen öffentliche Anerkennung und Wertschätzung, sie brauchen unsere Solidarität.

Ein besonderer Fokus soll darauf liegen, Familien zu erreichen, die einen hohen Unterstützungs- und Beratungsbedarf haben, aber in der Inanspruchnahme von Hilfen eher zurückhaltend sind.

Familienleben findet vor Ort – in der Kommune, im Quartier – statt. Damit kommt der Kommune eine wesentliche Rolle zu wenn es darum geht, eine familienfreundliche Infrastruktur zu fördern und die Lebensqualität von Familien zu verbessern.

II. Der Landtag begrüßt,

- dass die Familienpolitik in Rheinland-Pfalz einen hohen Stellenwert hat, was auch in der Vorlage zum Landeshaushaltsgesetz zum Ausdruck kommt;
- dass die Landesregierung als Arbeitgeber ihre Vorbildfunktion bei Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Pflege und Beruf einnimmt;
- dass Tarifpartner und andere Organisationen für das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf/Pflege sensibilisiert werden, auch um den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz zu stärken;
- dass die Kindertagesbetreuung auf hohem Niveau quantitativ und qualitativ weiter ausgebaut und stabilisiert wird;
- dass die Zeitbedarfe von Familien wissenschaftlich erhoben und daraus übertragbare Konzepte für alle Kommunen im Land entwickelt werden;
- dass familienbegleitende und -beratende Einrichtungen Angebote für Familien für die jeweilige individuelle Lebensphase und -lage vorhalten;
- dass Kinderarmut für die Landesregierung ein bedeutsames Thema ist und sie Maßnahmen für die Überwindung von Armut bei Kindern bündelt.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- Kommunen in deren Planungsverantwortung für eine kommunale Familienpolitik zu unterstützen;
- die Vernetzung der vorhandenen familienbegleitenden und -beratenden Institutionen zu forcieren und durch die Schaffung von Synergieeffekten diese infrastrukturellen Maßnahmen insbesondere in ländlichen Regionen auszubauen;
- mit den Trägern von familienbegleitenden und -beratenden Einrichtungen und den Kommunen den Ausbau von niedrigschwelligen und aufsuchenden Angeboten weiterzuentwickeln;
- den landesweiten Beteiligungsprozess zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung fortzusetzen.

Für die Fraktion der SPD:      Für die Fraktion der FDP:  
Martin Haller                      Marco Weber

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Pia Schellhammer